

„WENN ICH SOWJET-VETERAN WÄRE...“

Präsident Kennedy in der „Iswestija“ über Deutschland

Als erster Präsident Amerikas gewährte John F. Kennedy einem sowjetischen Journalisten ein Interview: Am 25. November empfing er Alexej Adschubej, den Chefredakteur des Regierungsblattes „Iswestija“ (Auflage: fünf Millionen) und Schwiegersohn Chruschtschows. Die „Iswestija“ veröffentlichte in der vergangenen Woche den vollen Wortlaut des Gesprächs, dem nachstehender Auszug über Deutschland entnommen ist:

ADSCHUBEJ: Herr Präsident, das Deutschland-Problem ist aus vielerlei Gründen für mein Land besonders wichtig. In der Sowjet-Union gibt es kaum eine Familie, die während des Zweiten Weltkriegs nicht einen Angehörigen verloren hat. Im Herzen eines jeden Sowjetbürgers brennt noch immer das Feuer des letzten Krieges; es frißt sich in die Seelen dieser Menschen und läßt sie nicht ruhig schlafen.

KENNEDY: Ich weiß, daß die Sowjet-Union mehr als irgendein anderes Land unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten hat. Es war ein fürchterlicher Schlag für Ihr Volk. Alle Familien, auch diejenigen Ihrer jetzigen politischen Führer, hatten Opfer zu beklagen. Auch die Vereinigten Staaten haben Verluste erlitten, wenngleich diese nicht so schwer waren wie diejenigen der Sowjet-Union. Mein Bruder ist in Europa gefallen, und auch mein Schwager. Doch der Krieg ist nun zu Ende. Wir haben den Wunsch, einen neuen Krieg zu verhüten, der sich in Deutschland entzünden könnte. Ich glaube, für die Vereinigten Staaten und die UdSSR kommt es darauf an, jetzt nicht neue Spannungen und Pressionen unter dem Vorwand der Beseitigung der Überreste des Zweiten Weltkriegs zu schaffen, die nur die Gefahr eines Konflikts zwischen der Sowjet-Union und ihren Alliierten auf der einen und den USA und ihren Alliierten auf der anderen Seite erhöhen. Wir sollten uns bemühen, auf dem Verhandlungswege eine Lösung zu finden, die es gestattet, den Frieden in Mitteleuropa zu bewahren. Und das ist das Ziel unserer Regierung.

ADSCHUBEJ: Herr Präsident, stellen Sie sich bitte einmal vor, Sie wären ein Veteran der Sowjet-Flotte, der im Zweiten Weltkrieg mitgekämpft hat. Sie haben den Krieg gewonnen, und dann passiert plötzlich all das, was sich jetzt ereignet. Ein Teil Deutschlands, die Bundesrepublik, erkennt die Grenzen nicht an, die nach dem Kriege gezogen worden sind. Sie rüstet wieder auf. Der Kanzler dieses Staates reist nach Amerika zu Gesprächen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, und beide führen Geheimverhandlungen. Der Revanchismus in diesem Teil Deutschlands ist sehr groß. Wie würden Sie darüber denken, wenn Sie ein Veteran der Sowjet-Flotte wären?

KENNEDY: Wenn ich ein Sowjet-Veteran wäre, würde ich sehen, daß Westdeutschland gegenwärtig nur neun Divisionen hat, also einen Bruchteil der sowjetischen Streitkräfte. Westdeutschland hat keine eigenen Kernwaffen. Es hat eine sehr kleine Luftwaffe und kaum eine Flotte, ich glaube, vielleicht zwei oder drei U-Boote. Es stellt also keine militärische Bedrohung dar. Die

neun westdeutschen Divisionen stehen unter der internationalen Kontrolle und unter dem Kommando der Nato, die sich aus fünfzehn Ländern zusammensetzt. Und diese fünfzehn Länder unterhalten in Westdeutschland gegenwärtig allenfalls 22 oder 23 Divisionen — ungefähr soviel wie die Sowjet-Union in Ostdeutschland. Als Veteran der Sowjet-Flotte würde ich mir die Macht der Vereinigten Staaten und die der Sowjet-Union vergegenwärtigen und feststellen, wie wichtig es ist, daß zwischen der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten kein Krieg ausbricht, der beide Gesellschaftssysteme zerstören würde. Deutschland ist heute geteilt. Deutschland ist heute keine militärische Bedrohung für die Sowjet-

vor den Vereinten Nationen erklärt habe — keinem Land Kernwaffen, und ich würde es äußerst widerwillig sehen, wenn Westdeutschland ein eigenes atomares Potential erwirbt. Bundeskanzler Adenauer hat 1954 erklärt, daß die Bundesrepublik das nicht tun würde. Das ist noch heute die Politik seiner Regierung, und ich halte das für eine sehr vernünftige Politik.

ADSCHUBEJ: Aber Sie wissen sehr gut, daß viele Spitzenstellungen der Nato mit deutschen Generalen besetzt sind, und Sie wissen, daß Europa von den Vereinigten Staaten weit entfernt ist. Glauben Sie nicht, daß einmal eine Situation entstehen könnte, in der westdeutsche Generale einen zu großen Einfluß in der Nato bekommen?



Gesprächspartner Kennedy, Adschubej (r.), Dolmetscher: Für Bonn keine Atomwaffen

Union. Es ist wichtig, eine Vereinbarung zu suchen, in der die Interessen aller Beteiligten anerkannt werden. Und ich glaube, das ist im Hinblick auf Deutschland durchaus möglich. Es wird nach meiner Meinung so lange ein geteiltes Deutschland geben, wie die Sowjet-Union es für wünschenswert hält. Das Problem ist jetzt, von vornherein sicherzustellen, daß in jedem Vertrag, den die Sowjet-Union mit Ostdeutschland schließt, die Rechte der anderen Mächte in Berlin anerkannt werden.

ADSCHUBEJ: Herr Präsident, selbstverständlich haben Sie meine Frage nicht als Veteran der sowjetischen Streitkräfte beantwortet, sondern als Präsident der Vereinigten Staaten. Und das ist ganz natürlich. Wenn ich Sie aber richtig verstanden habe, dann sind Sie dagegen, daß Westdeutschland eigene Atomwaffen oder auch nur das Verfügungsrecht über solche Waffen erhält?

KENNEDY: Die Vereinigten Staaten geben — das ist ein Prinzip unserer nationalen Politik, wie ich bereits

KENNEDY: Eben deshalb halte ich es für so wichtig, zu betonen, daß die westdeutsche Armee Bestandteil der Nato ist. Die Nato wird gegenwärtig von einem Amerikaner befehligt. Solange die deutschen Streitkräfte in die Nato integriert sind und solange die Nato von 15 Staaten kontrolliert wird, die alle keinen neuen Krieg wünschen — so lange ist nach meiner Überzeugung die Sicherheit für alle garantiert. Und ich glaube, daß es so bleiben wird. Nur wenn diese Situation sich änderte, wenn Deutschland sich eine eigene atomare Rüstung schaffen würde, wenn es viele Raketen produzieren oder eine starke nationale Armee aufbauen würde, die mit dem Krieg droht, dann könnte ich Ihre Besorgnis verstehen, und ich würde sie teilen. Heute und für die Zukunft ist die Lage aber so, wie ich sie beschrieben habe. Wenn sie sich ändern würde, hielte ich es für angebracht, daß die Vereinigten Staaten, die Sowjet-Union und andere Mächte dann darüber beraten würden.